

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Telegraph-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Fernsprechstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 261.

Dienstag, 9. November 1897, Abends.

50. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Kapantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Zum Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen
Donnerstag, den 11. November 1897,

von Vorm. 10 Uhr an,

10800 Stück Cigarren gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.
Riesa, 4. November 1897.

Der Ger.-Vollz. beim Rgl. Amtsg. **Edm.**

Bekanntmachung.

Von den städtischen Kollegien ist die Befestigung einer neuen Straße entlang des sogenannten Schlackenwegs am Speichergebiet der Kommagisch-Ressener Eisenbahn beschlossen worden. Für die neue Straße, deren Breite auf 15,60 m bemessen ist, kommen Theile der Parzellen Nr. 957 und 990 des Grundbuchs für Riesa in Frage; ihre Lage und ihre Ausdehnung ist so geplant, wie es in der Zeichnung S. B. Arch. Nr. 10 mit rothen ausgezogenen Linien angegeben ist.

Diese Zeichnung liegt vom 11. November 1897 ab 4 Wochen lang während der regelmäßigen Geschäftsstunden in der Rathsexpedition zu Jedermanns Einsicht aus.

Der Landtag des Königreiches Sachsen.

Heute, am 9. November, sind in Dresden die Mitglieder unserer sächsischen Ständeversammlung wiederum zu einem ordentlichen Landtag zusammengetreten, während die feierliche Eröffnung desselben am 11. d. M. durch Sr. Majestät den König erfolgen wird. Das „Vaterland“ widmet dem Landtage einen größeren Artikel, dem wir Nachstehendes entnehmen:

Die Zusammensetzung der Kammer hat sich diesmal insofern wesentlich geändert, als aus derselben fast die Hälfte der bisherigen sozialdemokratischen Vertreter verschwunden ist. Fortan sitzen nur noch acht derselben in der Kammer, immerhin noch genug, um durch Reden zum Fenster hinaus und leere Demonstrationen zu hören, nicht genug, um als Fraktion selbständig Anträge stellen zu können. Ein Antrag also wie der in den letzten zwei Landtagen von den Sozialdemokraten eingebracht, auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auch für den Landtag, Herabsetzung der Wahlmündigkeit auf das 21. Lebensjahr und Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und Mädchen gerückte, welcher Antrag bekanntlich die Wahlrechtsänderung zur Folge gehabt hat, ist nicht mehr zu erwarten. Auch die antisemitische Partei, die bisher durch zwei Mitglieder in der Kammer vertreten war, hat keinen Sitz mehr in derselben, nachdem der eine antisemitische Abgeordnete in Folge persönlicher Verhältnisse freiwillig ausgeschieden und der andere nicht wieder gewählt ist. Die den Sozialdemokraten und Antisemiten abgenommenen Mandate sind zum größten Theil an die Konservativen, zum anderen Theil an die Nationalliberalen gelangt, so daß nunmehr 49 Konservativer, 20 Nationalliberaler, 5 Fortschrittler und 8 Sozialdemokraten in derselben sitzen. Unsere, die konservative Partei, hat also die absolute Mehrheit, aber die sie nun schon eine so lange Reihe von Jahren in der zweiten Kammer verlor, nicht bloß behauptet, sondern auch noch ansehnlich vermehrt. Das die konservative Partei weit davon entfernt ist, die ihm numerische Überlegenheit zur Förderung einseitiger Parteinteressen auszunutzen, hat schon ihr bisheriges Verhalten satzungsmäßig bewiesen; das wird auch ferner so sein, und so darf denn mit Sicherheit erwartet werden, daß auch dieser Landtag wieder wie die früheren im Gegensatz zu mancher unerschulichen Erregung in anderen Ländern ein Beispiel geben werde, wie in einträchtigem Zusammenwirken der Stände mit der Regierung eines Landes Wohl erhalten und gefördert wird. Die Aufgaben, deren Lösung dem diesmaligen Landtag obliegt, sind zwar zur Zeit noch nicht vollständig bekannt, werden aber wieder zahlreich und gewichtig sein. Die Hauptaufgabe ist natürlich wie immer die Erledigung des Etats. In denselben sind gewisse Posten diesmal neu eingestellt, deren sorgfältige Verabreichung einen wesentlichen Theil der Zeit der Abgeordneten in Anspruch nehmen wird. Aus den verschiedenen Kreisen der Beamten und Angestellten des Staates sind Petitionen eingegangen, die eine, den Ansehensverhältnissen entsprechende Erhöhung der Gehälter und Bezüge in Aussicht nehmen. Diesen Wünschen entgegenzukommen sind Regierungsrechnungen in den Etat eingestellt worden, durch welche die Regierung ihrem Wohlwollen und ihrer

Zürforge für ihre Untergebenen Ausdruck verliehen hat. Auch die Kammer sind, und dies dürfen wir insbesondere auch von unserer, von der konservativen Partei sagen, von dem gleichen Wohlwollen befeuert, und so darf angenommen werden, daß innerhalb bestimmter Grenzen, denn die Kammer haben auch auf die Steuerzahler Rücksicht zu nehmen, die Wünsche der Petenten Berücksichtigung finden werden. Im Departement der Justiz wird, wie wir hören, im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der Berufung in Strafsachen durch Vermehrung der Richter- bez. Hilfsrichterstellen zugleich das künftige Interesse des Staates an einer geordneten Rechtspflege und das persönliche Interesse der Beamten gewahrt werden. Im Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts wird, abgesehen von gewissen Gehaltserhöhungen bei Lehrern und Geistlichen durch Uebernahme der Alterszulagen der Volksschullehrer auf den Staat, wieder ein bedeutender Schritt nach vorwärts gehen. Die letztere Maßregel kostet dem Staat aber eine Million, sie wird aber als eine nützliche und wohlthätige Einrichtung gewiß gerne gut geheißener werden; und zwar insbesondere auch von unserer Partei, die ja stets für diese Forderung eingetreten ist, ja dieselbe zuerst beantragt hat.

Sehr umfangreich sind auch die Eisenbahn-Vorlagen, durch welche den Wünschen weiter Bevölkerungskreise möglichst entgegengekommen werden soll. Neu ist diesmal die Einführung elektrischen Betriebs auf gewissen Strecken. Dieses Kapitel bietet ein besonderes Interesse und wird in Zukunft eine immer größere Rolle spielen, da ja nach den Erfahrungen, die man auf diesem Gebiet machen wird, später wohl alle Schmalspur- und sonst die Bahnen untergeordneter Bedeutung elektrisch zu betreiben sein werden. Kleinbahnen, wie sie in Preußen in minder verkehrreichen Gegenden üblich sind, dürften bei uns schon wegen der geringen Natur unseres Landes so gut wie ausgeschlossen sein. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß die konservative Partei auch auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens zu notwendigen Anlagen und Verbesserungen unbedenklich der dabei notwendigen Vorsicht und Sparsamkeit doch gerne die Hand bieten wird. Die Einführung eines obersten Verwaltungsgerichtes, wie ein solches in Preußen und anderen Ländern schon länger besteht, ist ebenfalls in Aussicht genommen und wird den Gegenstand wichtiger Verhandlungen bilden. Auf dem Gebiet der Steuerreform spricht man von der Einführung einer besonderen Vermögenssteuer, die wohl, wie in Preußen, als eine Ergänzung zur Einkommensteuer zu denken ist. Wenn dieselbe lediglich fiskalischen Zwecken würde dienen sollen, so könnten wir uns für dieselbe nicht erwärmen, als einen Akt ungleicher Gerechtigkeit aber, insofern das sonstige Vermögen zur Steuer stärker herangezogen werden soll, als das lediglich aus Arbeit und Verdienst herrührende, müßten wir sie gut heißen. Es wird ganz darauf ankommen, welcher Art die betreffende Vorlage ist und innerhalb welcher Grenzen sie sich hält. Im Uebrigen wird, wie wir ja schon in der vorigen Nummer unseres Blattes mittheilen konnten, die Steuer im Falle ihrer Genehmigung durch den Landtag erst in einer späteren Periode wirksam. Für diesmal ist es erfreulicher Weise gelungen, den Etat fertigzustellen ohne jedwede Steuererhöhung. Die wichtigsten der Vorlagen, welche den Ständen in den nächsten Tagen werden gemacht werden, dürften damit berührt sein. Noch tagt der Landtag im alten

Etwaige Widersprüche gegen die geplante Befestigung der Fluchtlinien der neuen Straße sind innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich bei uns anzubringen. Nach Ablauf der Frist angebrachte Widersprüche haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.
Riesa, den 9. November 1897.

Der Rath der Stadt
Voeters.

Brennholz-Versteigerung.

Weißiger Revier. Kleintreibnitzer Haide. Gasthof zu Kreinitz.
Montag, den 15. November 1897, Vorm. 1/10 Uhr.

15 Am. weiße Brennholzteile, }
280 „ „ Brennknüppel, }
250 „ „ Keste. }
Dürchholzer in den Abtheilungen 13, 40—47, 49—57 des ehemaligen Göhrlicher Reviers.

Königliche Forstrevierverwaltung Weißig und Königl. Forstrentamt Moritzburg, den 5. November 1897.
Riesel. Mittelbach.

historischen Landhaus an der nach ihm benannten Landhausstraße; wie lange noch, das wird von ihm selber abhängen. Für den schon im vorigen Landtag im Prinzip genehmigten Neubau eines Landhauses am Schloßplatz, wo das ehemalige Finanzministerium und das anstoßende Brühl'sche Palais demselben Platz machen sollen, sind neue Pläne von dem Bauherrn des Reichstagsgebäudes, Herrn Geheimen Baurath Wallof, vorgelegt worden, die den Beifall der Kammer und insbesondere auch der für diesen Zweck vom letzten Landtag eingesetzten Zwischenkommission gefunden haben sollen. Abschreckend wirken dabei nur die Kosten (6 Millionen Mark), zumal, wenn man etwa darauf gefaßt sein müßte, daß später wieder nach „berühmten Mustern“ die ursprünglich in Aussicht genommene Summe überschreitende Nachforderungen zu zahlen könnten. Das wird also Sache reiflicher Erwägung sein. Was aber auch immer der Landtag thun und beschließen wird, wir wünschen und hoffen, daß es dem Lande und allen Einwohnern desselben zu dauernder Wohlfahrt, den Mitgliedern beider Kammern zur Ehre und dem erhabenen und vielgeliebten Herrn unseres Landes, unserem theuren König, zur Befriedigung gereichen möge. In diesem Sinne wünschen wir den ersten Beratungen, die nun wieder monatlang im Landhause zu Dresden gepflogen werden, und Allen, die zur Theilnahme an denselben berufen sind, Gottes reichsten Segen.

Verliches und Sächsisches.

Riesa, 9. November 1897.

— Aus Anlaß der Geflügel-, Kanarienvogel- und Kaninchen-Ausstellung in Wühlberg fährt, wie man uns von dort mittheilt, Sonntag Nachmittag noch ein Personendampfer um 5 Uhr 45 Minuten von Wühlberg ab, der um 7 Uhr 45 Minuten in Riesa eintrifft.

— Die preussische Eisenbahnverwaltung hat folgende sehr empfehlenswerthe Verfügung über den Schutz der Reisenden gegen Belästigungen und Beleidigungen durch Mitreisende erlassen: Es ist vorgekommen, daß sowohl Zug-, wie Stationsbeamte, welche seitens der Reisenden aufgefodert wurden, sie gegen Belästigungen und Beleidigungen durch Mitreisende zu schützen, ihre Amtswirkung hierbei versagt und sich nicht einmal dazu bräut haben, die Namen der betreffenden Persönlichkeiten festzustellen. Ein derartiges Verhalten muß ernstlich gerügt werden. Neben die Besoldigten den an sie gerichteten Mahnungen kein Gehör, so sind die Streitenden durch Anweisung anderer Plätze zu trennen. Wenn dies nicht geschehen kann oder nichts fruchtet, so ist von dem § 20 der Verkehrsordnung, jedoch erst nach nochmaliger erfolgloser Androhung Gebrauch zu machen und Ausschluß von der Weiterreise anzuordnen, und die Beamten sind verpflichtet, stets sofort mit allem Nachdruck einzuschreiten, wenn Reisende ihren Schutz gegen Mitreisende anrufen.

— Zu der von uns am Sonnabend bereits gebrachten Warnung vor der sogenannten Hartmann-Kolonie wird uns noch Folgendes mitgetheilt: Durch öffentliche Ankündigungen und Druckschriften werden unter Verzeichnung von Ankunftsstellen Ansetzler gewonnen für eine sogenannte Hartmann-Kolonie („Dresden“) Abbeville County South Carolina, Vereinigte Staaten von Nordamerika und für eine deutsche Kolonie im nördlichen Wisconsin. Erstere ist